

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

**(neu)**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

18. WP - 47. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. April 2015, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Hans Hinrich Neve (CDU)

i. V. v. Klaus Jensen

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

i. V. v. Thomas Hölck

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Zukunft des Gütezeichens - Geprüfte Qualität</b>	4
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Absatz 2 GeschO)	
<b>2. Bericht des MLUR über einen möglichen Wolfsangriff auf eine Schafherde in Rodenbek</b>	5
Antrag des Abg. Hauke Göttisch (CDU)	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein</b>	9
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2234</a>	
<b>4. Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln</b>	10
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/2496</a>	
Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Umdruck 18/4066</a> (neu)	
Änderungsantrag <a href="#">Umdruck 18/4206</a>	
(überwiesen am 22. Januar 2015 an den <b>Europaausschuss</b> , den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss)	
<b>5. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Vermeidung von Schäden bei der Lagerung von Atommüllfässern“</b>	11

- 12
- 6. Bericht des MELUR zu der Klage von Greenpeace gegen Gorleben als Atommüll-Endlager**
- Beschluss des Ausschusses in der Sitzung am 25. März 2015
- 7. Bericht der Landesregierung zu möglichen Initiativen der Landesvertretung zur Durchsetzung eines Verbotes von Wildtieren in Zirkussen** 13
- Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)  
[Umdruck 18/4247](#)
- 8. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015** 14
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2750](#)
- 9. Verschiedenes** 15

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Zukunft des Gütezeichens - Geprüfte Qualität**

Der Ausschuss berät in nicht öffentlicher Sitzung gemäß Artikel 17 Absatz 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Absatz 2 GeschO (siehe nicht öffentlicher Teil des Protokolls).

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des MLUR über einen möglichen Wolfsangriff auf eine Schafherde in Rodenbek**

Antrag des Abg. Hauke Göttisch (CDU)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, schildert die bereits aus Presseberichterstattungen bekannten Vorgänge. Er weist darauf hin, dass bereits die Vorgängerregierung ein Wolfsmanagement aufgestellt habe, das sowohl Entschädigungsleistungen als auch ein Maßnahmenpaket für den Schutz beinhalte. In diesem konkreten Fall sei sehr schnell ein Schutzzaun auch mithilfe von Mitarbeitern des Landes gebaut worden. Eine finanzielle Beteiligung des Landes sei auch dann vorgesehen, wenn nachgewiesen werde, dass sich ein Wolf dauerhaft in einem Gebiet aufhalte.

Festzustellen sei ferner, dass sich die Wolfsbeobachter an der Grenze ihrer Belastbarkeit befänden. Hier müsse sicherlich nachgesteuert werden. Es werde darüber nachgedacht, das Wolfsmanagement zu professionalisieren.

In dem konkret vorliegenden Fall sei der Entschädigungsanspruch noch zu klären. Über einen vorherigen Fall solle möglichst schnell unbürokratisch Geld fließen.

Schleswig-Holstein sei noch kein Wolfstammland; es gebe aber durchziehende Tiere. Es solle ein Wolfsmanagement aufgestellt werden, mit dem man mit dem Wolf klarkomme. Eingräumt werden müsse aber auch, dass die bisher bekannten Fakten Annahmen über das Verhalten von Wölfen enthielten. Diese müssten dauerhaft überprüft und nachjustiert werden.

Er geht ferner auf Forderungen ein, den Wolf gegebenenfalls unter Jagdrecht zu stellen, und verweist auf die gesetzliche Lage, wonach Wölfe einer geschützten Art angehörten. Im Übrigen könne im Rahmen der jetzigen Regelungen schneller reagiert werden, als das über das Jagdrecht möglich wäre. Außerdem sei festzustellen, dass der Schutz von Menschen in einem Bedrohungsszenario immer Vorrang habe.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Arbeit der Wolfsberater vor Ort, die professionell berieten, sowie für die schnelle Hilfe beim Aufbau eines Schutzzaunes.

Die Frage des Vorsitzenden, ob bereits Untersuchungsergebnisse vorlägen, ob der Angriff durch einen Wolf erfolgt sei, beantwortet Minister Dr. Habeck zunächst mit Nein. Zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung legt er nach Erreichen aktueller Informationen dar, die Untersuchungen hätten ergeben, dass es sich um einen Wolf gehandelt habe. Er stamme aus einer Population aus Sachsen-Anhalt, und es handele sich um ein männliches Tier. - Auf Bitte des Vorsitzenden sagt er zu, den Ausschussmitgliedern das Untersuchungsergebnis zur Verfügung zu stellen.

Weitere Fragen des Vorsitzenden beantwortet Minister Dr. Habeck dahin: Seit 2007 habe es 14 bestätigte Wolfssichtungen in Schleswig-Holstein gegeben. Derzeit würden drei bis vier Wölfe in Schleswig-Holstein vermutet. Es gebe keine Rudel, sondern wenige Individualisten. Dass sich unter den Wölfen entwurmete und gechipte Wölfe befänden, halte er für Jägerlatein. Bisher seien junge männliche Tiere gesichtet worden.

Herr Gall, Mitarbeiter im Referat Schutzgebiete, Artenschutz im Ministerium für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt auf eine Frage der Abg. Fritzen dar, dass es für ein Wolfsrudel eine Fläche von 200 bis 250 km<sup>2</sup> Fläche geschätzt werde, das allerdings nicht eng begrenzt sei. Es setze sich aus vielen Bestandteilen zusammen. Ein Wolf jage in verschiedenen Revieren. Streifengebiete würden im Gegensatz zum Kerngebiet auch nicht zwingend verteidigt. Allerdings sei durch Beobachtungen von Wolfsrudeln in der Nähe von Besiedlungen auch zu beobachten, dass sich Prognosen über das Verhalten von Wölfen nicht unbedingt vollständig bestätigt hätten.

Abg. Beer informiert darüber, dass ihre Fraktion in diesem Zusammenhang einen Antrag in den Landtag einbringen werde, der dafür sorgen solle, mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bringen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Beer bestätigt Herr Gall, dass die bisherige Wolfsrichtlinie auslaufe. Sie werde überarbeitet. Der wesentliche Punkt, der geändert werde, beziehe sich auf die von der EU geänderte Minimalgrenze, die angehoben worden sei.

Abg. Redmann hält es für notwendig, Menschen über das Verhalten gegenüber Wölfen aufzuklären. Im Übrigen führt sie an, dass auch das Verhalten des Wolfes in dem vorliegenden Fall ungewöhnlich gewesen sei. Sie berichtet in diesem Zusammenhang, dass beispielsweise Kindergruppen keine Ausflüge mehr in Wälder unternähmen.

Minister Dr. Habeck weist darauf hin, dass beispielsweise auch Wildschweine gefährliche Tiere seien und vermutlich viel gefährlicher als ein Wolf. Daher müsse man die mögliche

Gefahr in Relation setzen. Gleichwohl müsse man darauf hinweisen, dass der Wolf ein Raubtier sei. Konkret habe das Auswirkungen auf die Änderung des Wolfsmanagements. Darüber würde er gern in einer der nächsten Sitzungen berichten. - Der Ausschuss nimmt dieses Angebot an. - Außerdem informiert er darüber, dass geplant sei, am 19. Mai 2015 eine Veranstaltung zum Thema „Wolf in Schleswig-Holstein“ durchzuführen.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden legt Herr Gall dar, dass die Wegstreckenentschädigung bei Fahrten nach dem Bundesreisekostenrecht abgerechnet werde; danach würden pro gefahrenen Kilometer 20 ct. bezahlt. - Für die Tötung eines angegriffenen Tieres trage zunächst einmal der Tierhalter die Verantwortung; er müsse sie in Auftrag geben. In dem vorliegenden Fall sei der Halter so geschockt gewesen, dass er vergessen habe, den Tierarzt zu rufen. Deshalb sei die Initiative in dem vorliegenden Fall von anderen Personen ausgegangen. In allen anderen Fällen hätten die Tierhalter unmittelbar den Tierarzt angerufen. Sollte die Verantwortung auf Wolfsberater übergehen, übernehmen sie auch die Verantwortung als Auftraggeber für die Tötung von übernehmen. Ferner bestätigt er, dass sich Wölfe hauptsächlich von Wildtieren ernährten.

Abg. Beer stellt die Überlegung in den Raum, die Fütterung von Wölfen sowie das Kreuzen von Wölfen mit Hunden unter Strafe zu stellen.

Minister Dr. Habeck sagt auf Anregung von Abg. Eickhoff-Weber zu, zu prüfen, ob in Notfällen zur Vermeidung von unnötigen Qualen eine schnelle Tötung von betroffenen Tieren ermöglicht werden könne.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2234](#)

(überwiesen am 9. September 2014 an den **Finanzausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/3580](#), [18/3592](#), [18/3631](#), [18/3634](#), [18/3635](#), [18/3756](#),  
[18/3757](#), [18/3759](#), [18/3761](#), [18/3773](#), [18/3775](#), [18/3776](#),  
[18/3777](#), [18/3795](#), [18/3798](#), [18/3799](#), [18/3800](#), [18/3804](#),  
[18/3805](#), [18/3822](#), [18/3845](#), [18/3876](#), [18/3901](#), [18/3953](#),  
[18/4061](#), [18/4077](#), [18/4121](#)

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU dem voraussichtlichen Votum des federführenden Finanzausschusses - mit dessen Stimmverhalten - an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2496](#)

Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/4066](#) (neu)

Änderungsantrag

[Umdruck 18/4206](#)

(überwiesen am 22. Januar 2015 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss)

Abg. Beer legt dar, der Änderungsantrag [Umdruck 18/4066](#) (neu) habe sich erledigt.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag [Umdruck 18/4206](#) mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP zu.

Er empfiehlt dem federführenden Europaausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Vermeidung von Schäden bei der Lagerung von Atommüllfässern“**

hierzu: [Umdrucke 18/3438](#), [18/3439](#) und 18/3440

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Dr. Backmann, Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, tragen in großen Zügen die Ergebnisse des Abschlussberichts vor.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen antwortet Herr Dr. Backmann, dass die Fässer in Brunsbüttel formal nicht konditioniert gewesen seien. Rechtsverstöße hätten nicht vorgelegen.

Auf eine Frage des Abg. Rickers legt Minister Dr. Habeck dar, das Bergungskonzept liege vor und solle umgesetzt werden. Dazu solle - so auf Nachfrage des Abg. Matthiessen - die ebenfalls bereits vorgestellte Technik Verwendung finden.

Herr Dr. Backmann schildert sodann kurz auf Nachfragen des Abg. Voß die ursprüngliche Funktion der Kavernen sowie dessen Nutzungsänderung im Laufe der Zeit.

Abg. Kumbartzky hält als großes Problem die Tatsache, dass es keine Endlagermöglichkeit gebe, und fragt nach einem Zeitplan. Minister Dr. Habeck führt aus, mit der Inbetriebnahme von Konrad für den Abfluss von schwach- und mittelradioaktivem Abfall gebe es ein Entsorgungskonzept. Allerdings sei der Stau immens. Deshalb sei nicht davon auszugehen, dass mit der Inbetriebnahme von Konrad sofort alle zwischengelagerten Fässer abgenommen würden. Für eine Genehmigung eines LasmA sei das Land zuständig. Lügen alle Genehmigungen vor, könne das Kernkraftwerk Brunsbüttel zurückgebaut werden. Bis zu einer Verbringung des Atommülls nach Schacht Konrad oder in ein Endlager werde der Atommüll dann zwischengelagert. Eine Zeitschätzung dafür könne er nicht abgeben.

Nach einer Anmerkung des Abg. Voß und einer Frage des Abg. Matthiessen schildert Herr Dr. Backmann kurz die geplante Lagerung im Schacht Konrad.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des MELUR zu der Klage von Greenpeace gegen Gorleben als  
Atommüll-Endlager**

Beschluss des Ausschusses in der Sitzung am 25. März 2015

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, dass Anfang 2014 Greenpeace und der Eigentümer des Landes, unter dem sich das Lager Gorleben befinde, beim Verwaltungsgericht Lüneburg Klage gegen die Veränderungssperre erhoben hätten mit dem Ziel, diese aufzuheben. Das Verwaltungsgericht habe diese Klage abgewiesen.

Er führt weiter aus, dass die Veränderungssperre am 16. August 2015 auslaufe. Mit Auslaufen dieser Veränderungssperre falle Gorleben unter das Bergrecht. Rechtlich sei derzeit noch umstritten, ob ein öffentliches Interesse unter Hinweis auf das Atomgesetz hergestellt werden könne. Zu fragen sei, ob eine Veränderungssperre eine Ungleichbehandlung sei oder Teil des politischen Kompromisses im Zusammenhang mit der Endlagersuche.

Die Große Koalition habe sich für eine Verlängerung der Veränderungssperre entschieden. Die Endlagersuchkommission habe allerdings darum gebeten, eine Beschlussfassung um einen Monat zurückzustellen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zu möglichen Initiativen der Landesvertretung zur Durchsetzung eines Verbotes von Wildtieren in Zirkussen**

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

[Umdruck 18/4247](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, legt dar, dass die Landesregierung derzeit nicht beabsichtige, weitere Bundesratsinitiativen auf den Weg zu bringen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2750](#)

(überwiesen am 20. März 2015 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Gespräch auf Gut Bülk**

Der Vorsitzende erinnert an das geplante Gespräch von Vertretern des Umwelt- und Agrarausschusses auf Gut Bülk am 6. Mai 2015, 17 Uhr. Dafür melden sich sechs bis sieben Mitglieder an.

#### **b) Koordinierungsausschuss Tierschutz**

Abg. Beer spricht den Beschluss der Agrarministerkonferenz an, dem Bund vorzuschlagen, einen Koordinierungsausschuss Tierschutz auf Staatssekretärebene einzurichten. Sie erkundigt sich danach, ob in diesem Koordinierungsausschuss auch die Arbeitsergebnisse des Runden Tisches Tierschutz auf Landesebene einfließen sollten. Dies bejaht Minister Dr. Habeck.

#### **c) Agrarministerkonferenz**

Abg. Beer spricht einen Antrag der Regierungskoalition zum Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen an. Auch dieses Thema sei Gegenstand der letzten Agrarministerkonferenz gewesen. Nach ihrer Information solle die Zuständigkeit dafür auf die Länder übergehen. Sie erkundigt sich nach möglichen Spielräumen dafür, die Entscheidung auf Bundesebene zu belassen. Minister Dr. Habeck legt dar, dass er diese Frage inhaltlich derzeit nicht beantworten könne; entscheidend seien die Haltungen der jeweiligen Landesregierungen.

Der Vorsitzende, Abg. Göttsch, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Hauke Göttsch  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin